



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Berlin-Brandenburg



DGB-WAHLCHECK

zur Abgeordnetenhauswahl
Berlin 2026



Inhalt

Gute Arbeit

Tarifbindung durchsetzen! 3

Gerechter Arbeitsmarkt

Keine Jobs auf Kosten der Menschen! 4

Wirtschaft stärken

Industrie, Transformation, Innovation! 5

Starke Daseinsvorsorge

Investieren statt kürzen! 6

Gute Bildung

Von der Kita bis zur Hochschule! 7

Gute Ausbildung

Stärkung betrieblicher Ausbildung, Fachkräfte sichern! 8

Starker öffentlicher Dienst

Verwaltung attraktiv und gerecht gestalten! 9

Bezahlbares Wohnen

Für alle – auch für Beschäftigte! 10

Demokratie schützen

Engagement ermöglichen! 11

„Gute Arbeit. Gerechte Stadt“ – Unter diesem Motto mobilisieren wir als DGB Berlin-Brandenburg zur Abgeordnetenhauswahl 2026.

Wir sehen, dass die Verunsicherung in diesen krisenhaften Zeiten auch in Berlin um sich greift. Der Alltag vieler Berliner*innen ist von Sorgen bestimmt: Sorgen angesichts steigender Lebenshaltungskosten, Sorge um den eigenen Job, Verunsicherung darüber, wie es mit Gesundheitsversorgung, Pflege und Rente weitergeht, Angst vor Krieg. Solidarität könnte Menschen verbinden und stärken, stattdessen nimmt aber die gesellschaftliche Spaltung zu. Ein sachlicher Austausch von Meinungen und die gemeinsame Suche nach guten Lösungen scheint manchmal kaum noch möglich. Die Lauten übertönen die Leisen.

Gleichzeitig spart die Landesregierung angesichts einer angespannten Haushaltslage massiv an der sozialen Infrastruktur der Stadt. Beratungs- und Freizeiteinrichtungen, Kultur, Bildung u. v. m. können kaum noch ihrer Arbeit nachkommen oder sind von der Schließung bedroht. Soziale Brüche vertiefen sich, Appelle an Solidarität verhallen angesichts breiter Verunsicherung. Vor diesem Hintergrund blicken viele mit Skepsis auf die bevorstehenden Wahlen.

Die nächste Landesregierung muss ihre Politik an den Bedürfnissen derer ausrichten, die diese Stadt täglich am Laufen halten. Sie muss Gute Arbeit, wirtschaftliche Zukunft und soziale Sicherung konsequent zusammendenken. Gute Arbeit ist fair bezahlt, tariflich abgesichert, mitbestimmt, gesund und diskriminierungsfrei. Das ist die Voraussetzung für eine soziale Stadtgesellschaft, eine starke Wirtschaft und einen funktionierenden Alltag für alle. Die Zukunft Berlins entscheidet sich nicht zuletzt in der Arbeitswelt.

Unsere Wahlsynopse zeigt, welche Lösungen die demokratischen Parteien den Berliner*innen anbieten. Wir haben die Positionen von CDU, SPD, B'90/Die Grünen und DIE LINKE (Anordnung anhand aktueller Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus) mit unseren gewerkschaftlichen Forderungen verglichen, damit Beschäftigte wissen, wer sich für gute Arbeit und Bildung, für Gerechtigkeit und einen bezahlbaren Alltag starkmacht.

DGB: Damit die Menschen, die diese Stadt täglich am Laufen halten, unter fairen Bedingungen arbeiten können, braucht es einen Aktionsplan für flächendeckende Tarifbindung und wirksame Kontrollen der Tariftreue. Berlin muss Tarifbindung zur Voraussetzung für öffentliche Beteiligungen machen. Tarifsteigerungen müssen vollständig refinanziert, der Arbeitsschutz gestärkt und Ansprechstellen für Gute Arbeit in allen Bezirken eingerichtet werden.



Tarifbindung oder Tariftreue spielen im Wahlprogramm der CDU keine Rolle. Bei öffentlichen Beteiligungen, bei der Vergabe öffentlicher Projekte oder von Fördermitteln ist vor allem die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen entscheidend. Ein Aktionsplan für flächendeckende Tarifbindung ist im Wahlprogramm nicht enthalten.

Auch Ansprechstellen für Gute Arbeit in den Bezirken sieht das Wahlprogramm nicht vor. Ebenso bleiben Maßnahmen für einen stärkeren Arbeitsschutz unerwähnt. Stattdessen sollen die Aufgaben der oder des Berliner Arbeitsschutzbeauftragten künftig mit anderen Aufgabenbereichen zusammengelegt werden, z. B. IT-Sicherheit und Datenschutz.



Die SPD will 80 Prozent Tarifbindung in Berlin erreichen. Dafür soll es einen regionalen Aktionsplan sowie ein ausgebaut und digitalisiertes Tarifregister geben.

Tariftreue und Vergabemindestlohn wollen die Sozialdemokraten strenger kontrollieren lassen. Die Vergabe von Landesförderungen soll an Tarifbindung und Mitbestimmung geknüpft werden. Landesunternehmen sollen tarifgebunden bleiben, Ausgründungen zur Tariffucht will die SPD rückgängig machen.

Zudem fordert sie eine stärkere Arbeitsschutzaufsicht und Beauftragte für Gute Arbeit und Ausbildung in allen Bezirken. Lohn- und Preisanpassungsklauseln sollen Tarifsteigerungen bei länger laufenden Aufträgen absichern.



Die Grünen wollen faire Arbeit zu einem verbindlichen Pfeiler der Auftragsvergabe machen und an uneingeschränkter Tariftreue festhalten. Auftragnehmer*innen müssen soziale und ökologische Standards einhalten. Dafür soll es wirksame Kontrollen geben.

Im öffentlichen Sektor haben Tariftreue und Gute Arbeit laut Wahlprogramm oberste Priorität. Tarifgebundene Beschäftigung in landeseigenen Unternehmen soll gesichert werden, damit verbundene Tarifsteigerungen bei Zuwendungsempfänger*innen sollen refinanziert werden.

Eine klare Aussage zu einem Berliner Aktionsplan für flächendeckende Tarifbindung ist nicht Teil des Wahlprogramms. Das gilt auch für die Forderung nach Ansprechstellen für Gute Arbeit in allen Bezirken.



DIE LINKE setzt bei Guter Arbeit auf Tariftreue in der öffentlichen Vergabe und auf mehr Tarifbindung in geförderten Bereichen. Öffentliches Geld soll weiter nur an Auftragnehmer*innen gehen, die nach Tarif bezahlen.

Das Ausschreibungs- und Vergabegesetz will DIE LINKE weiterentwickeln und dabei tarifgebundene Unternehmen entlasten. Im sozialen Bereich strebt sie langfristig einen gegenfinanzierten, allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag an.

Beim Arbeitsschutz setzt DIE LINKE auf stärkere Kontrollen und ein personell stärkeres Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi). Zudem will sie in allen Bezirksämtern Beauftragte für Gute Arbeit einsetzen.

DGB: Die Landesregierung muss die Transformation aktiv begleiten und einen Arbeitsmarkt schaffen, der Menschen schützt und ihnen echte Perspektiven eröffnet. Sie muss Möglichkeiten zur Weiterbildung ausbauen, auch in Teilzeit und mit besonderem Fokus auf Frauen. Damit alle die gleichen Chancen auf Gute Arbeit haben, braucht es eine verlässliche Kinderbetreuung. Außerdem muss Berlin migrantische Beschäftigte und Wanderarbeiter*innen wirksam vor Ausbeutung schützen.



Die CDU will die eingerichtete Koordinierungsstelle Außerschulische Bildung personell besser ausstatten und zu einer zentralen Qualitäts- und Beratungsstelle für außerschulische Träger weiterentwickeln. Außerdem sollen Volkshochschulen und freie Bildungsträger strukturell und finanziell gestärkt werden, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen.

Damit Frauen und insbesondere Alleinerziehende schneller wieder arbeiten können, will die Union verlässliche Betreuungsangebote – bspw. Betriebskindergärten, Tagesmütter und 24-Stunden-Kitas – und familiengerechte Weiterbildungsangebote schaffen. Ob Weiterbildung in Teilzeit möglich sein soll, wird nicht explizit beschrieben.

Menschen aus dem Ausland sollen über schnellere Anerkennungsverfahren und Ankommensprogramme besser in Arbeit kommen. Um Ausbeutung zu unterbinden, will die CDU v. a. gegen unseriöse Vermittlungs- und Migrationsagenturen vorgehen.



Die SPD nimmt mit ihrer Fachkräftestrategie vor allem Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Ältere und Menschen mit Behinderung in den Fokus. Programme wie JOB POINTs, Bildungsberatung Berlin, JobCoaching Berlin und das Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ) sollen fortgeführt werden.

Flexible Arbeitsmodelle und die gezielte Unterstützung für Alleinerziehende sollen die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verbessern. Der Kitagutschein soll automatisch verschickt und der Betreuungsschlüssel in Kitas realitätsnäher berechnet werden.

Menschen mit Migrationsgeschichte will die SPD über das ausgebaute Willkommenszentrum, durch schnellere Anerkennungsverfahren sowie bessere Beratungs- und Sprachlernangebote unterstützen. Ein Integrationsmonitoring soll Transparenz schaffen. Eine neue Anlaufstelle im Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA) soll die Ausbeutung zugewanderter Azubis verhindern.



Die Grünen setzen sich für Lohn-gerechtigkeit ein und wollen eine Fachkräftestrategie entwickeln, die gezielt Erwerbspotenziale von Frauen sowie von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte stärkt.

Im Wahlprogramm stehen Maßnahmen zur Gleichstellung und zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, Studium und Ausbildung sollen in Teilzeit möglich sein. Kinder sollen in Kita und Hort bedarfsorientiert betreut werden. Betriebskitas sollen leichter entstehen, ergänzende Betreuung soll ausgebaut und die Beratung für pflegende Angehörige soll gestärkt werden.

Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sollen über das Willkommenszentrum, durch vereinfachte Anerkennungsverfahren und mehrsprachige Beratungsangebote schneller in Arbeit kommen. Gegen Ausbeutung und Menschenhandel setzen die Grünen auf mehr Information und engere Kontrollen.



Um Lohngerechtigkeit herzustellen, will DIE LINKE Branchen mit hohem Frauenanteil finanziell und strukturell aufwerten. Maßnahmen zur Qualifizierung und Mentoring sollen Frauen den Zugang zu von Männern dominierten Berufen erleichtern.

Eine verlässliche Kinderbetreuung soll insbesondere Alleinerziehende vor prekären Arbeitsverhältnissen schützen: Jede Familie soll zum ersten Geburtstag ihres Kindes einen Kita-Gutschein erhalten. DIE LINKE will Kitazugänge erleichtern und Familien im Alltag stärker unterstützen.

Migrantische Beschäftigte sollen durch den Ausbau des Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA), bezirkliche Anlaufstellen und aufsuchende Beratung besser geschützt werden. Berufsbegleitende Sprachkurse sollen auch arbeitsrechtliche Grundkenntnisse vermitteln. Zudem will DIE LINKE Anerkennungsverfahren beschleunigen, den Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete erleichtern und Ausbeutung konsequent verfolgen.

DGB: Berlin braucht eine Wirtschaftspolitik, die Industrie, Transformation und Innovation mit Guter Arbeit verbindet. Das Land darf öffentliche Förderung nur an Unternehmen vergeben, die Tarifbindung sichern und Arbeitsplätze schützen. Es muss den Masterplan Industrie finanzieren, knappe Ressourcen fair verteilen und Beschäftigte an der Transformation beteiligen. Zudem muss Berlin Weiterbildung, soziale Nachhaltigkeit, faire Digitalisierung und eine unabhängige Beratung zu EU-Fördermitteln stärken.



Das Wahlprogramm der CDU beinhaltet keine klare Verknüpfung öffentlicher Förderungen an die Tarifbindung und Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Auch die Finanzierung des Masterplans Industriestadt oder eine Beteiligung von Beschäftigten an der Transformation werden im Wahlprogramm nicht ausdrücklich genannt. Allerdings will die Union das zentrale Fördermittelmanagement für EU-Programme ausbauen.



Die SPD will wirtschaftlichen Wandel mit Guter Arbeit verbinden: Förderungen des Landes sollen an Tarifbindung und Mitbestimmung geknüpft werden. Bei Vergaben und Förderungen soll regionale Wertschöpfung stärker zählen. Es gibt ein klares Bekenntnis zu Berlin als Industriestadt. Eine unabhängige Beratung zu EU-Fördermitteln nennt das Wahlprogramm nicht ausdrücklich.

Im Sozialpartnerdialog Berlin sehen die Sozialdemokraten ein wirksames Instrument, um Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen und Politik dauerhaft zusammenzubringen. Zudem sollen eine Qualifizierungsoffensive, Weiterbildungs- und Ausbildungsverbünde sowie die Vermittlung von mehr KI-Kompetenzen Beschäftigte in der Transformation stärken.



Die Grünen wollen die Transformation aktiv gestalten. Eine Qualifizierungsoffensive soll Beschäftigte mit passenden Aus- und Weiterbildungsangeboten auf den digitalen Wandel vorbereiten. Produktivitätsgewinne durch KI sollen auch Beschäftigten zugutekommen, etwa durch kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich.

Gleichzeitig soll das Land Unternehmen dabei unterstützen, neue Technologien sinnvoll einzusetzen. Auch EU-Mittel wollen die Grünen dafür gezielter nutzen. Das Wahlprogramm beinhaltet keine Details zum Masterplan Industriestadt, zu einem dauerhaften Steuerungskreis Transformation oder zu einer unabhängigen Beratungsstelle für EU-Fördermittel.



DIE LINKE will Wirtschaftsförderung strikt an Maßnahmen zur Tarifbindung sowie Beschäftigungsaufbau und -sicherung knüpfen. Auch kleinere Unternehmen sollen dabei leichter Zugang zu Fördermitteln bekommen.

Die sozial-ökologische Transformation soll Arbeitsplätze sichern und Beschäftigte für den Wandel qualifizieren. Gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften will DIE LINKE innovative Produktion in Berlin halten und die digitale Spaltung der Arbeitswelt verhindern.

Die Projekte des Masterplans Industriestadt Berlin und des Steuerungskreises Transformation der Berliner Industrie sollen fortgesetzt und intensiviert, Kürzungen sollen korrigiert werden. Eine unabhängige Beratung zu EU-Fördermitteln nennt das Wahlprogramm nicht ausdrücklich.

DGB: Daseinsvorsorge ist kein Kostenfaktor, sondern die Grundlage für einen funktionierenden Alltag. Berlin muss den öffentlichen Nahverkehr ausbauen. Es muss Gute Arbeit und eine starke Personaldecke in der öffentlichen Versorgung sicherstellen. Das Land muss die Verwaltung gemeinsam mit den Beschäftigten modernisieren. Ausgelagerte öffentliche Aufgaben müssen zurückgeholt werden. Zugleich muss Berlin die Einnahmenseite von Land und Bezirken stärken.



Die CDU will für einen flächendeckenden 10-Minuten-Takt, mehr Busspuren, den Ausbau der Straßenbahn und die Modernisierung des Netzes sorgen. Die öffentliche Versorgung will sie verlässlicher gestalten und die soziale Infrastruktur stärken. Die Verwaltung soll moderner und digitaler werden. Klare Zuständigkeiten und ein effizienterer Personaleinsatz sollen dabei helfen.

Zur Finanzierung setzt die Union auf eine schärfere Ausgabenkontrolle, stabile Steuern und wirtschaftliches Wachstum. Landeseigene Unternehmen sollen zur Daseinsvorsorge beitragen. Eine Rückholung ausgelagerter öffentlicher Aufgaben nennt das Wahlprogramm nicht.



Ein flächendeckender 10-Minuten-Takt, mehr Busspuren, der Ausbau der Straßenbahn und eine Netzmodernisierung sollen den ÖPNV zum Rückgrat der Mobilität in Berlin machen. Die notwendige Infrastruktur will die SPD durch ein „Jahrzehnt der Investitionen“ erneuern.

Beschäftigte sollen von besseren Arbeitsbedingungen, Entwicklungsmöglichkeiten und flexiblen Arbeitsmodellen profitieren. Die Verwaltung soll modernisiert werden: Starke Bezirke mit klaren Zuständigkeiten stehen für die SPD im Mittelpunkt. Dafür fordern die Sozialdemokraten eine verlässliche Finanzierung nach dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“.

Öffentliche Unternehmen sollen sich am Gemeinwohl orientieren und durch eine Privatisierungsbremse in der Verfassung geschützt werden. Eine Rückholung ausgelagerter öffentlicher Aufgaben nennt das Wahlprogramm aber nicht ausdrücklich.



Der Ausbau des ÖPNV ist für die Grünen Teil einer konsequenten Verkehrswende. Eine Personaloffensive, mehr Investitionen, neue Fahrzeuge und eine dichtere Taktung sollen BVG und S-Bahn attraktiver machen.

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst wollen die Grünen personell und finanziell stärken. Die Bezirke sollen Gesundheitskonferenzen verbindlich einführen und über das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ abgesichert werden. Dieses Prinzip wollen die Grünen sogar in die Verfassung aufnehmen.

Die Verwaltung soll grundsätzlich servicefreundlicher arbeiten und die Expertise der Beschäftigten und Bezirke stärker einbeziehen. Eine klare Forderung, ausgelagerte öffentliche Aufgaben systematisch zurückzuholen, steht nicht im Wahlprogramm.



DIE LINKE will die soziale Daseinsvorsorge gegen Kürzungen absichern und den öffentlichen Nahverkehr weiter ausbauen. Bei der BVG setzt sie auf bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal und neue Beschäftigtenwohnungen.

Öffentliche Aufgaben will DIE LINKE in die öffentliche Hand zurückholen. Sie fordert einen Privatisierungsstopp, mehr Rekommunalisierung in Bereichen wie Gesundheit und Pflege und eine demokratischere Organisation kommunaler Krankenhäuser unter Beteiligung der Beschäftigten. Auch die Verwaltung soll digitaler und effizienter arbeiten.

Um die Daseinsvorsorge zu sichern, will DIE LINKE außerdem die Einnahmen des Landes erhöhen und stärker umverteilen. Dafür schlägt sie u. a. neue Steuern und die konsequente Besteuerung großer Vermögen vor.

DGB: Gute Bildung schafft gerechte Chancen und stärkt den Zusammenhalt in Berlin. Das Land muss mehr Personal einstellen und verbindliche Personalschlüssel in Kitas, Schulen und Jugendhilfe schaffen. Es muss Lehrkräfte und Erzieher*innen entlasten, Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams ausbauen sowie in Gebäude, Sanierung und digitale Ausstattung investieren. Zudem muss Berlin inklusive Bildung, Gemeinschaftsschulen, außerschulische Bildung und Dauerstellen in Hochschulen und Weiterbildung stärken.



Die CDU setzt bei der Bildung auf mehr Lehrkräfte, verbindlichere Fortbildung und eine stärkere multiprofessionelle Ausstattung der Schulen. Sie will Lehrkräfte im Alltag durch mehr Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Schulpsycholog*innen sowie Fachkräfte für Verwaltung und IT entlasten.

Moderne Schulen und eine bessere Ausstattung sind für die Union Voraussetzung für gute Bildung. Daher will sie die Schulbauoffensive fortführen und weiter in Sanierung, Neubau und digitale Bildung investieren.

Die inklusive Beschulung an Regel- und Förderschulen soll ausgebaut werden. Am gegliederten Schulsystem hält die Union aber grundsätzlich fest. Gemeinschaftsschulen oder Stellen für Daueraufgaben an Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen stehen nicht explizit im Wahlprogramm.



Die SPD betont lebenslanges Lernen, gute Arbeit an Hochschulen und bessere Rahmenbedingungen in der Erwachsenenbildung. Sie will die Personalschlüssel in Kitas weiter verbessern und künftig nur noch das Personal einrechnen, das tatsächlich vor Ort ist. Zusätzlich sollen Kitas mehr Fachpersonal erhalten, Kita-Sozialarbeit soll gezielt ausgebaut, die Jugendämter sollen finanziell besser ausgestattet werden.

Beim Übergang in den Beruf setzt die SPD auf eine starke berufliche Bildung. Jugendberufsagentur und Jugendberufshilfe sollen weiterentwickelt, die Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung gestärkt und ein Schulentwicklungsplan für berufliche Schulen aufgestellt werden. Zudem fordert die SPD eine moderne Ausstattung und mehr qualifizierte Lehrkräfte an den beruflichen Schulen.



Die Grünen wollen Schulen personell besser ausstatten und multiprofessionelle Teams stärken. Die Schulsozialarbeit soll ausgebaut werden. Auch an Schulen in schwierigen Lagen soll genügend qualifiziertes Personal eingesetzt werden. Verbindliche Personalschlüssel in Kitas oder in der Jugendhilfe benennt das Wahlprogramm in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich.

Beim Übergang in den Beruf setzen die Grünen auf ein Perspektivenjahr und auf Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild. Sie wollen die duale Ausbildung stärken, zusätzliche Ressourcen an den Oberstufenzentren schaffen und das neue Azubiwerk zum Erfolg führen.

Fachkräfte im Bildungs- und Jugendbereich sollen fair bezahlt und besser unterstützt werden. Das gilt besonders für den inklusiven Bildungsbereich und für die Ausbildung.



DIE LINKE will die Personalschlüssel in Kitas verbessern und Fehlzeiten, Elternarbeit sowie Dokumentationstätigkeiten realistisch einrechnen. In der Jugendhilfe fordert sie mehr Personal, verlässliche Finanzierung und einen starken öffentlichen Kern.

Faire Arbeitsbedingungen in Bildungs- und Jugendarbeit haben für DIE LINKE hohe Priorität. Sie will den Projektcharakter der Kinder- und Jugendhilfe zurückdrängen, tarifgebundene Freie Träger stärken und Tarifbindung im Zuwendungsbereich sichern.

Zudem setzt DIE LINKE auf inklusive Bildung, außerschulische Angebote und die Modernisierung der Oberstufenzentren. Das gegliederte Schulsystem will sie überwinden. Bis 2031 soll jeder Bezirk mindestens zwei neue Gemeinschaftsschulen auf den Weg bringen, Bestandschulen sollen dabei Unterstützung erhalten.

DGB: Gute Ausbildung eröffnet jungen Menschen verlässliche Perspektiven und sichert Fachkräfte für Berlin. Das Land muss mit einem AzubiWERK bezahlbares Leben während der Ausbildung ermöglichen. Es muss Berufsschulen und Jugendberufsagenturen stärken, damit der Übergang in den Beruf besser gelingt. Zudem muss Berlin faire Arbeitsbedingungen in der Bildungs- und Jugendarbeit sichern.



Die CDU will Jugendliche früher an die Ausbildung herantführen, den Übergang von der Schule in den Beruf enger begleiten und so längere Arbeitslosigkeit verhindern. Ein eigenes Landesinstitut für berufliche Bildung soll Schulen, Wirtschaft, Handwerk und Ausbildungsträger besser vernetzen.

Die Zusammenarbeit von Schulen, Jugendberufsagenturen und Bundesagentur für Arbeit soll intensiver werden. Für einzelne Bereiche wie Pflege und Gastgewerbe nennt die CDU zudem zusätzliche Ausbildungsstrukturen.

Auf ein AzubiWERK geht das Wahlprogramm nicht ein. Die Frage nach einem bezahlbaren Leben in der Ausbildung wird nicht aufgegriffen. Auch faire Arbeitsbedingungen in der Bildungs- und Jugendarbeit stehen nicht ausdrücklich im Mittelpunkt.



Die SPD will gute Ausbildung als Grundlage für Fachkräftesicherung stärken. Dafür soll ein AzubiWERK entstehen, das Auszubildende berät, vernetzt und vor allem bezahlbaren Wohnraum schafft. Auch das Azubi-Ticket und die Ausbildungsplatzumlage gehören für die SPD dazu.

Berufsorientierung, Ausbildungsberatung und der Übergang von Schule zu Beruf sollen verbessert werden. Jugendberufsagentur und Jugendberufshilfe will die SPD weiterentwickeln. Für die beruflichen Schulen fordert sie einen Schulentwicklungsplan, moderne Ausstattung und ausreichend qualifizierte Lehrkräfte.

Faire Bedingungen in Ausbildung und Jugendarbeit spielen ebenfalls eine Rolle. Das BEMA soll ausgebaut werden, für Auszubildende aus Drittstaaten ist eine neue Anlaufstelle gegen Ausbeutung geplant.



Die Grünen wollen gute Ausbildungsbedingungen sichern und mit einem AzubiWERK Angebote des Ausbildungswohnens stärken. Auch eine solidarische Ausbildungsplatzumlage, faire Vergütung und bessere Zugänge zur Ausbildung gehören für sie dazu.

Beim Übergang in den Beruf setzen die Grünen auf stärkere Berufsorientierung, ein flexibles Perspektivenjahr und weiterentwickelte Jugendberufsagenturen als echte „One-Stop-Shops“. Die Oberstufenzentren sollen zusätzliches Personal erhalten, damit alle Bildungsgänge zum Erfolg führen.

Zudem wollen die Grünen Ausbildung in Teilzeit erleichtern und geflüchtete, zugewanderte und behinderte junge Menschen gezielter unterstützen. Einen eigenen Schwerpunkt auf faire Arbeitsbedingungen in der Bildungs- und Jugendarbeit setzt das Wahlprogramm nicht ausdrücklich.



DIE LINKE will bezahlbares Leben in der Ausbildung über ein AzubiWERK und eine Berliner Jugendwohnagentur erleichtern. Beide Einrichtungen sollen einfacher in den Wohnungsbau einsteigen können, damit junge Menschen schneller bezahlbaren Wohnraum finden.

Beim Übergang in den Beruf setzt DIE LINKE auf eine Ausbildungsgarantie, ein Chancenjahr und eine weiterentwickelte Jugendberufsagentur mit stärkerer aufsuchender Beratung. Auch die Jugendberufshilfe soll besser ausgestattet werden.

Faire Arbeitsbedingungen in Bildungs- und Jugendarbeit spielen für DIE LINKE eine große Rolle. Sie will tarifgebundene freie Träger stärken, Tarifbindung im Zuwendungsbereich sichern und den Projektcharakter der Kinder- und Jugendhilfe zurückdrängen.

DGB: Ein starker öffentlicher Dienst hält Berlin handlungsfähig. Das Land muss den Gesundheitsschutz verbessern, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben stärken und moderne Arbeitszeitmodelle ermöglichen. Das Land muss Outsourcing rückgängig machen, öffentliche Aufgaben müssen wieder verlässlich in eigener Verantwortung erfüllt werden.



Die CDU will die Verwaltung durch flexible Arbeitszeitmodelle, mobiles Arbeiten und projektorientierte Zusammenarbeit attraktiver machen. Eine eigene Offensive für Gesundheitsschutz im öffentlichen Dienst beschreibt das Wahlprogramm allerdings nicht. Die Union setzt stattdessen u. a. auf den Abbau von Beauftragtenstrukturen durch Zusammenlegung von Aufgaben.

Angaben dazu, ob Outsourcing rückgängig gemacht werden soll, lassen sich nicht im Wahlprogramm finden.



Die SPD will den öffentlichen Dienst mit fairen Bedingungen attraktiver machen. Homeoffice, Jobsharing in Führungspositionen, flexible Zeiten und bessere Aufstiegschancen stehen ausdrücklich im Wahlprogramm. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben soll verbessert werden. Arbeitszeiten in der Berliner Verwaltung sollen im Sinne der Beschäftigten flexibler werden.

Zudem fordert die SPD eine stärkere Arbeitsschutzaufsicht. Ausgründungen, die ausschließlich Personalkosten senken oder Mitbestimmung einschränken, will die SPD rückgängig machen.



Die Grünen wollen die Attraktivität der Berliner Verwaltung und landeseigener Unternehmen mit fairen und verlässlichen Arbeits- sowie flexiblen Arbeitszeitmodellen erhöhen. Beim ÖPNV und in sicherheitsrelevanten Bereichen verbinden sie das mit besserem Gesundheitsschutz und familienfreundlichen Schichtplänen.

Ausgegliederte Unternehmen der landeseigenen Betriebe wollen die Grünen schrittweise wieder in die Muttergesellschaften zurückführen.



DIE LINKE will den öffentlichen Dienst mit besseren Löhnen, Entfristungen, Aufstiegsmöglichkeiten und dauerhaften Stellen attraktiver machen. Die Hauptstadtzulage soll für alle gelten. Flexible Arbeitszeitmodelle, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie größtmögliche Homeoffice-Möglichkeiten sollen Standard sein. Für Modellprojekte will DIE LINKE eine Vier-Tage- bzw. 30-Stunden-Woche prüfen.

Outsourcing lehnt sie ausdrücklich ab und will ausgelagerte Bereiche wie das Charité Facility Management und die Vivantes-Tochterunternehmen wieder eingliedern.

DGB: Bezahlbares Wohnen ist eine Voraussetzung dafür, dass Beschäftigte in Berlin leben und arbeiten können. Das Land muss den öffentlichen Wohnungsbau und den Bau von Sozialwohnungen massiv ausweiten sowie Werkswohnungen fördern. Zudem muss Berlin die private Wohnungswirtschaft stärker in die Pflicht nehmen, damit mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht und die Mieten nicht weiter steigen.



Die CDU will die landeseigenen Wohnungsunternehmen dazu anhalten, ihren Bestand auf 500.000 Wohnungen auszubauen. Genossenschaften will die Union stärker fördern. Das Wahlprogramm enthält aber keine Forderung zur Förderung von Werkswohnungen durch das Land.

Für Mieter*innen will die CDU die Mietpreisprüfstelle ausbauen, Beratungsangebote stärken und die Wohnungsaufsicht personell besser aufstellen. Die private Wohnungswirtschaft soll stärker an geltendes Recht gebunden, Missbrauch soll konsequenter geahndet werden.



Die SPD will mit einem öffentlichen Wohnungsbauprogramm den Neubau deutlich steigern. Künftig soll mehr als die Hälfte der neuen Wohnungen bei landeseigenen, genossenschaftlichen und anderen gemeinwohlorientierten Unternehmen entstehen.

Auch private Bauherr*innen will die SPD stärker in die Pflicht nehmen und mit dem kooperativen Baulandmodell den Sozialwohnungsanteil bei Neubauten von 30 auf 50 Prozent erhöhen.

Werkswohnungen nennt die SPD nicht explizit. Sie will aber auf ausgewählten Gewerbeflächen auch Wohnraum und soziale Infrastruktur für Fachkräfte und Auszubildende möglich machen.



Die Grünen sehen den kommunalen Wohnungsbestand als zentrale Grundlage für bezahlbares Wohnen. Landeseigene Unternehmen sollen stärker gemeinwohlorientiert arbeiten und einen aktiven Beitrag zu Quartiersentwicklung, sozialer Infrastruktur und Klimaschutz leisten. Genossenschaften und andere Träger bezahlbaren Wohnraums will die Partei gezielt stärken.

Große Wohnungsunternehmen wollen die Grünen stärker in die Pflicht nehmen. Private Vermieter*innen wollen sie nur dort unterstützen, wo diese rechtlich verbindlich und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen. Auch die Bezirke sollen mit qualifiziertem Personal und klaren Kompetenzen bei Kontrolle und Beratung gestärkt werden.

Das Wahlprogramm enthält keine explizite Forderung zur Förderung von Werkswohnungen durch das Land.



DIE LINKE stellt kommunale Wohnungen und öffentlichen Wohnungsbau ins Zentrum. Landeseigene Unternehmen sollen mehr dauerhaft bezahlbare Wohnungen schaffen und private Neubauvorhaben deutlich stärker an die Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen geknüpft werden.

Große private Vermieter will DIE LINKE mit dem Sicher-Wohnen-Gesetz stärker verpflichten. Menschen in besonderen Wohnungsnotlagen sollen dort einen Teil der bezahlbaren Wohnungen erhalten. Zudem setzt DIE LINKE auf ein Landesamt für Mieterschutz und auf die Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen.

Das Wahlprogramm enthält keine explizite Forderung zur Förderung von Werkswohnungen durch das Land.

DGB: Eine starke Demokratie braucht verlässliche Strukturen für Engagement und politische Bildung. Das Land muss ein Landesdemokratiefördergesetz verabschieden und politische Bildung dauerhaft, verlässlich und inflationsfest finanzieren. Es muss eine landesweite Anlaufstelle gegen Antisemitismus und Diskriminierung schaffen. Zudem muss Berlin Jugendverbandsarbeit, außerschulische Bildung sowie Initiativen und Bildungsangebote gegen Rechts dauerhaft absichern.



Die CDU setzt sich dafür ein, dass sich Schüler*innen im Unterricht verbindlich mit demokratischen Institutionen und dem Umgang mit Extremismus auseinandersetzen sowie Gedenkstätten sowohl zu NS-Unrecht als auch zu DDR-Unrecht besuchen.

Zu einem Demokratiefördergesetz oder zur dauerhaften Absicherung zivilgesellschaftlichen Engagements macht die CDU keine Aussagen. Mit einer Demokratieklausel will sie verhindern, dass verfassungsfeindliche Organisationen Fördergelder erhalten.

Antisemitismus will die CDU mit mehr Prävention, festen Haushaltstiteln für Initiativen und Ansprechpersonen an Hochschulen bekämpfen. Eine landesweite Anlaufstelle gegen Antisemitismus und Diskriminierung beschreibt das Wahlprogramm aber nicht.



Die SPD will die wehrhafte Demokratie mit einem Demokratiefördergesetz stärken. Das Landesprogramm „Demokratie, Vielfalt, Respekt“ soll ausgebaut und gesetzlich abgesichert werden.

Die Unterrichtsfächer Politik und Ethik sollen gestärkt werden. Außerschulische Partner*innen will die SPD verlässlich finanzieren. Die Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung soll durch ihre Ansiedlung beim Parlament gesichert werden.

Antidiskriminierung und der Schutz vor Antisemitismus sollen in einem integralen Landeskonzept gebündelt und von einer unabhängigen Beauftragten koordiniert werden.



Die Grünen wollen zivilgesellschaftliches Engagement mit einem Landesdemokratiefördergesetz dauerhaft absichern. Vereine, Initiativen und Migrant*innenorganisationen sollen dadurch verlässlicher arbeiten können.

Politische Bildung soll über eine gestärkte Landeszentrale für politische Bildung, mehr Jugendbeteiligung und die Förderung eines Rings politischer Jugendorganisationen gestärkt werden. Auch Angebote der Demokratiebildung und offenen Jugendarbeit sollen langfristig besser abgesichert werden.

Im Kampf gegen Diskriminierung und Antisemitismus setzen die Grünen auf Prävention, Schutz jüdischer Einrichtungen, ein Forschungscluster zu digitalem Antisemitismus und eigene Beauftragtenstrukturen. Eine gemeinsame landesweite Anlaufstelle gegen Antisemitismus und Diskriminierung wird jedoch nicht ausdrücklich genannt.



DIE LINKE will Projekte und Einrichtungen für Demokratie, Teilhabe sowie Antidiskriminierung und gegen die extreme Rechte über ein Demokratiefördergesetz langfristig absichern. Zivilgesellschaftliches Engagement soll weniger von kurzen Förderperioden abhängen.

Politische Bildung soll von der Grundschule bis zur Erwachsenenbildung gestärkt werden. Außerschulische Träger sollen längerfristig gefördert, Kooperationen mit Schulen ausgebaut und die Landeszentrale für politische Bildung institutionell und finanziell abgesichert werden.

Antisemitismus und Diskriminierung will DIE LINKE mit mehr Prävention, gestärkten Fachstellen, abgesicherten Monitoringstrukturen und mehr Ressourcen für die Ansprechperson des Landes zu Antisemitismus bekämpfen.



**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Berlin-Brandenburg**

Impressum

Herausgeber:
DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1
10787 Berlin

V. i. S. d. P.: Katja Karger, Vorsitzende
berlin-brandenburg.dgb.de

Konzept, Redaktion und Gestaltung:
BBGK Berliner Botschaft
berliner-botschaft.de



berlin-brandenburg.dgb.de